

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Brandenburger Schulsystem demografiefest machen – Anreize für die Gründung von Schulzentren schaffen

Angesichts der demografischen Veränderungen, denen sich unser Schulsystem in den nächsten Jahren zu stellen hat, hatte die Landesregierung 2012 eine Kommission zur „Erarbeitung von Empfehlungen für künftige Modelle der Grundschulversorgung im ländlichen Raum in Brandenburg angesichts der langfristigen demografischen Entwicklung einschließlich eines Ausblicks auf die Entwicklung in der Sekundarstufe I“ eingerichtet. Auftragsgemäß stand bei der Arbeit der Kommission die Grundschulversorgung in Mittelpunkt, gleichwohl wurde im Abschlussbericht ausdrücklich angeregt, sich zügig mit der Entwicklung der weiterführenden Schulen, insbesondere im ländlichen Raum, zu befassen.

Im Koalitionsvertrag der rot-roten Landesregierung ist festgelegt, dass „in Zukunft überall dort, wo die Schulträger und die Eltern es wünschen, die Fusion von Grundschulen mit Oberschulen bzw. Gesamtschulen zu Schulzentren möglich sein wird.“ Das ist ein sinnvoller erster Schritt – der theoretisch auch heute schon möglich ist. Um solche Zusammenschlüsse tatsächlich zu befördern, sind Anreize und Unterstützungsangebote unerlässlich. Zudem sollten diese Zusammenschlüsse in ein Gesamtkonzept für die Zukunft der weiterführenden Schulen eingepasst werden.

Der Landtag möge daher beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert:

- zeitnah eine erneute Demografiekommision einzusetzen, die sich schwerpunktmäßig mit der Schulstruktur und der demografischen Entwicklung im Bereich der weiterführenden Schulen (Sekundarstufe I + II) beschäftigt. Die Kommission soll wie die letzte Demografiekommision beim Bildungsministerium angesiedelt und in der Zusammensetzung deren Beispiel folgen.
- bis zum 3. Quartal 2015 Anreize und Unterstützungsangebote zu schaffen, um die Umsetzung der Empfehlungen der Demografiekommision I sowie eine Gründung von Schulzentren befördern.

Begründung:

Die letzte Demografiekommission des Landes Brandenburg hat festgestellt, dass die „demografische Entwicklung sich erst nach 2023 in dieser Schulstufe [der Sekundarstufe I] auswirken und dazu führen wird, dass zumindest in den ländlichen Regionen die Gliederung des Schulsystems infrage gestellt ist.“

Die erfolgreiche Arbeit und die guten Empfehlungen der Demografie-Kommission ermutigen, diese Arbeit nun auch für die weiterführenden Schulen anzugehen. Wir sollten die verbleibende Zeit nutzen, in dieser Legislaturperiode Konzepte und Antworten auf die beschriebene Entwicklung zu erarbeiten.

Das Bildungssystem wird sich in den nächsten Jahren nicht nur durch die demografische Entwicklung verändern, sondern auch durch die bereits eingeleitete inklusive Beschulung und durch die im Koalitionsvertrag verankerte Bildung von Schulzentren. Gerade im ländlichen Raum wird bei rückläufigen Schülerzahlen das Nebeneinander der verschiedenen Schulformen kaum mehr aufrechterhalten zu sein. Deshalb ist es wichtig, frühzeitig Anreize zu schaffen, die den Erhalt von Schulstandorten begünstigen und das Angebot aller schulischen Abschlüsse aufrechterhalten.

Anreize befördern die Bereitschaft, über andere Lösungen nachzudenken. Wir wollen den Beteiligten ermöglichen, Veränderungsprozesse mit guter Beratung und zu einem frühen Zeitpunkt einzuleiten.

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN